

Eine Rede des Bürgermeisters.

Die Lehre des Weltkrieges.

Vorgestern sprach Bürgermeister Dr. Weiskirchner in zwei Versammlungen über die „Lehren des Weltkrieges“. Die eine Versammlung veranstaltete das Christlichsoziale Bezirkswahlkomitee Mariahilf im Festsaal des „Hotel Monopol“, die zweite der Christlichdeutsche Wählerverein im 13. Bezirk im Saal des „Parkhotel“.

Der Bürgermeister sprach zuerst vom Unterhaltsbeitrag für Familien von Eingetragten. Das Unterhaltsgesetz vom Jahre 1912, welches er als die schönste Tat unseres Abgeordnetenhauses bezeichnete, habe sich als wahrer Segen erwiesen und eine wirtschaftliche Katastrophe abgewehrt. 157.277 Personen stünden im Genuß dieser Unter-

stützung. Bis Ende März wurden allein in Wien 60 Millionen für diesen Zweck ausbezahlt.

Auch sei eine dringende Abänderung des veralteten Invalidenpensionsgesetzes, nach welchem dem Infanteristen 62 Kronen, dem Gefreiten 96 Kronen, dem Korporal 120 Kronen, dem Zugführer 144 Kronen und dem Feldwebel 168 Kronen jährlicher Pension gebühren, dringend am Platze, um wirtschaftliche Mißverhältnisse nach Beendigung des Krieges zu vermeiden. Darum heraus mit einem neuen Invalidenpensionsgesetz!

Die Gemeindevertretung Wiens habe bereits im Oktober an die Regierung eine Petition gerichtet, worauf die provisorische Verfügung erfolgte, nach welcher den Familien der Superarbitrierten einstweilen der Unterhaltsbeitrag weiter ausbezahlt werde. Regierung, Land und Stadt haben die heilige Pflicht, im gegenseitigen Einvernehmen alles anzubieten, um jenen eine Pension zu ermöglichen, welche an ein Existenzminimum grenzt.

Weiter erwähnte der Bürgermeister die Sorge um die Invaliden, die teilweise wegen ihrer körperlichen Gebrechen ihrem früheren Berufe nicht werden nachgehen können. Auch deshalb seien bereits Maßnahmen getroffen und werde schon heute eine großzügige Aktion ein, zu welcher die Bezirksarmenräte und das städtische Arbeitsvermittlungsbüro herangezogen sind.

Auch für die Angestellten der Stadt Wien sei während des Krieges durch eine Teuerungszulage gesorgt worden, da von 42.000 Beamten gegen 30.000 ein Einkommen von unter 2400 Kronen beziehen. Diese Zulage betrage pro Person 9 Kronen monatlich, während Verheiratete mit Kindern außerdem für jedes Kind einen Beitrag von 3 Kronen bekämen, so daß ein Familienvater mit drei Kindern monatlich 18 Kronen mehr beziehe.

Der Bürgermeister bat ferner um zahlreiche Zeichnung für die zweite Kriegsanleihe. Treu der Devise „Gebet dem Staate, was des Staates ist“, möge man dem Beispiel Deutschlands folgen und dem Staat reichlich Mittel an die Hand geben, die eine siegreiche Beendigung des Krieges ermöglichen.

Nun sprach Dr. Weiskirchner über die Maßnahmen der Gemeinde zur Approvisionierung Wiens. Man weise immer darauf hin, daß Berlin besser versorgt sei als Wien, insbesondere betone man, daß Berlin 10.000 Tonnen = 1000 Waggon Mehl gehabt habe; dem sei nur kurz zu entgegen, daß die Gemeinde Wien bis jetzt 1008 Waggon Mehl zum Verbrauch ausgegeben hat. Der eiserne Vorrat von Mehl habe sich als wahrer Segen erwiesen, da ohne denselben bereits im März Brotnot eingetreten wäre.

Auch die Hasernot wäre durch Heranziehung eines Ersatzfuttermittels zur Fütterung beendet. Die Gemeinde habe eine größere Menge eines derartigen Ersatzmittels angekauft. Dasselbe werde von Chemikern als vollwertiger Haserersatz bezeichnet und gelangt zu fixierten Preisen durch die Detailfouragehändler an die Pferdebesitzer zur Ausgabe.

Der Vorkauf von Kaffee- und Petroleumvorräten durch die Gemeinde habe dem wucherischen Treiben der Großspekulanten ein Ende gesetzt und seien die Detailpreise jetzt niedriger als die Engrospreise der großen Händler. 2½ Millionen Kilogramm Braunkohle habe die Stadt eingekauft, wovon allein im April 49.195 Zentner an 56.000 Parteien abgegeben wurden. Davon gab es 3842 Parteien, welche je 12½ Kilogramm, 5738, die ein Quantum von 25 Kilogramm, und 2569 Parteien, welche 50 Kilogramm bezogen, erst der Rest nahm Mengen über 100 Kilogramm.

Besonders segensreich aber sei der Kartoffelankauf gewesen, der sich als wahre Wohltat erwiesen und einen Erfolg in zweierlei Richtung aufwies. Vorerst war es möglich, der ärmeren Bevölkerung gesunde Kartoffel zu dem billigen Preis von 14 Hellern bei Mindestabnahme von 50 Kilogramm abzugeben und zweitens sanken die Kartoffelpreise auf den Märkten.

Doch beim Fleisch könne die Gemeinde leider nicht mithun. Da könne ein Vorkauf für Monate wegen des kolossalen Gelderfordernisses nicht stattfinden. Denn nimmt man den Auftrieb eines Markttages — die Großmarkthalle nicht eingerechnet — mit 5000 Rindern à 420 Kilogramm zu normalen Preisen von 96 Hellern und von 16.000 Schweinen à 100 Kilogramm an, so stellen diese Quantitäten einen Kapitalwert von circa 3.800.000 Kronen dar, so daß nur bei einem Vorkauf für einen Monat ein Kapital von 35 Millionen erforderlich wäre. Solche Kapitalien habe die Gemeinde nicht zur Verfügung und da liege das einzige Mittel zur Behebung der Fleischknappheit lediglich in den Händen der Bevölkerung selbst und das sei Enthaltensamkeit vom Fleischgenuß, der übrigens ja auch durch die Verordnung der fleischlosen Tage eingeschränkt sei.

Bezüglich der Brotarten forderte der Bürgermeister auf, unverbrauchte Brotabschnitte abzugeben, da nach der Verordnung vom 8. Mai Ersparnisse denen zugute kämen, die mit der jetzigen Ration nicht auskämen. Ersparte Brotmarken können in die Briefkästen eingeworfen werden und gelangen auf diesem Weg ins Rathaus. Die Verteilung der Ersparnisse geschehe im Einvernehmen mit den Bezirksvorstehungen. Er erwähnte, daß allwöchentlich zwei Millionen Brotmarken zur Ausgabe gelangen, was 52 Millionen Abschnitte bedeute, welche jede Woche wieder im Rathaus abgegeben werden. Die bisherigen Brotmarken seien in Säcken in der Volkshalle deponiert und diese Berge von Säcken photographiert worden. Die Bilder aber werden der städtischen Kriegssammlung einverleibt und sollen unseren Nachkommen zeigen, welch bewundernswürdige Selbst-

enthaltung Wien in schwerer Zeit auf sich genommen hat.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwähnt der vielen und großen Opfer, die der Mittel- und Arbeiterstand in Kriegszeit geleistet hat und anerkennt insbesondere die Kriegsfürsorge der Straßenbahner, die kreuzerweise vom Wochenlohn abgespart, 50.000 Kronen Kriegszwecken zuführten.

Mit dem Appell, auch weiterhin zu ertragen, was wir durch zehn Monate getragen haben, schloß der Redner.

Die Ausführungen des Bürgermeisters wurden mit enthusiastischen Zurufen begrüßt.

In beiden Versammlungen wurden namens des Bezirkes und seiner Bevölkerung dem Bürgermeister für sein umsichtiges Walten Dank und Vertrauen bekundet.